

Franz, Christian; Fratzscher, Marcel; Kritikos, Alexander S.

Article

AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Franz, Christian; Fratzscher, Marcel; Kritikos, Alexander S. (2018) : AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 8, pp. 135-144, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-8-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/175440>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

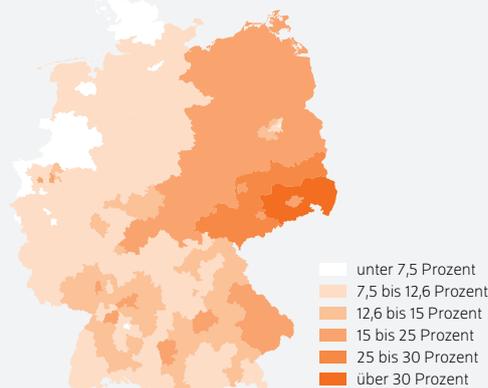
AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker

Von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

- Sieben Variablen werden herangezogen mit dem Ziel, auf Wahlkreisebene Unterschiede in den AfD-Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 zu untersuchen
- Kaum Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenquote, Bildung und Ausländeranteil und der Variation der AfD-Ergebnisse
- In Westdeutschland korrelieren vor allem niedrige Haushaltseinkommen und überproportional viele Beschäftigte in der Industrie mit Zuspruch für die AfD
- In Ostdeutschland sticht Zusammenhang mit hohem Anteil an älteren Menschen und mit hoher Dichte von Handwerksbetrieben heraus
- Politik sollte vor allem ländliche, überalterte Räume stärker in den Blick nehmen

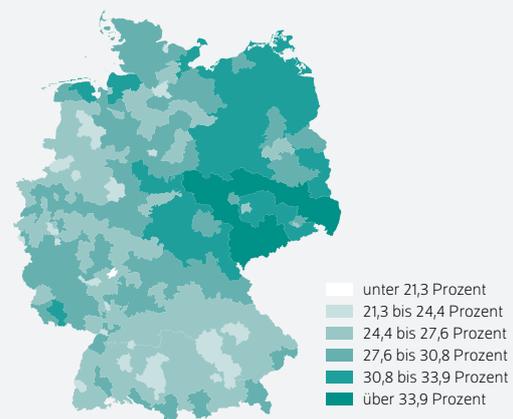
In ostdeutschen Wahlkreisen mit hohem Zuspruch für die AfD leben überdurchschnittlich viele ältere Menschen

AfD-Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017
Zweitstimmen auf Wahlkreisebene



Quelle: Eigene Berechnungen.

Anteil der Bevölkerung im Alter von über 60 Jahren



© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Unsere Untersuchung zeigt, dass die AfD im Osten in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen besser abschneidet. Im Westen ist die AfD in Wahlkreisen stark, in denen es viele Industriebeschäftigte gibt oder Haushaltseinkommen niedrig sind. Von der Höhe der Arbeitslosenquote hängt indes die Zustimmung zur AfD kaum ab.“

— Alexander Kritikos, Studienautor —

AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker

Von Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos

ABSTRACT

In diesem Bericht wird untersucht, in welchem Umfeld die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in der Bundestagswahl 2017 gut abschnitt. Der Zuspruch für die AfD war in Wahlkreisen relativ hoch, in denen überdurchschnittlich viele Handwerksunternehmen angesiedelt, überproportional viele Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind, sowie – das gilt eher für die westdeutschen Wahlkreise – die verfügbaren Haushaltseinkommen unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Überdies wird häufig in solchen Wahlkreisen für die AfD gestimmt, in denen überdurchschnittlich viele Ältere leben. Eine Korrelation mit der Arbeitslosenquote besteht dagegen kaum. Generell schneidet die AfD in weniger verdichteten Regionen mit ungünstiger demografischer Entwicklung vergleichsweise gut ab – ein Phänomen, das in ostdeutschen Wahlkreisen häufiger auftritt als in westdeutschen. Diese Beobachtung lässt die Vermutung zu, dass die demografische Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht.

Bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 wurde die AfD mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag. In den fünf ostdeutschen Flächenstaaten und Berlin-Ost stieg die AfD mit 21,9 Prozent sogar zur zweitstärksten Kraft auf, während die SPD mit 13,9 Prozent auf Rang vier zurückfiel. Mit diesem Ergebnis übersprang erstmalig eine Partei, die politisch ‚rechts‘ von der CDU/CSU zu verorten ist,¹ in einer Bundestagswahl die seit 1953 bundesweit geltende Fünfprozent-Hürde (siehe Kasten 1). Angesichts der Tatsache, dass die Partei nun die Rolle der Oppositionsführerin übernimmt, gewinnt die Frage nach den Ursachen für ihren Wahlerfolg an Bedeutung.

In der öffentlichen Debatte wurde der Beginn der Flüchtlingskrise in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 als ein wichtiger Grund für den Aufstieg der AfD angesehen. Auch das Führungspersonal der Partei machte die Flüchtlingskrise und das Schüren der Ängste vor Migranten zu einem zentralen Wahlkampfthema.² Bereits am Tag nach der Wahl wurde intensiv nach den Gründen für den Zuspruch zur AfD gesucht.³ Erklärungsmuster sind, dass die „vom Strukturwandel Abgehängten“ und sogenannten „Globalisierungsverliererinnen und -verlierer“, sowie Menschen, die sich „im Stich gelassen fühlen“, anfällig für die Wahrhetorik der AfD seien, wobei letzteres besonders häufig auf die fünf ostdeutschen Bundesländer zuträfe. Gerade dort sei angesichts der weiterhin bestehenden wirtschaftlichen Probleme und der gleichzeitigen Wahrnehmung, andere Bevölkerungsgruppen – insbesondere Migranten – würden besser behandelt, der Zuspruch für die AfD besonders groß.

¹ Siehe etwa Martin Kroh und Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34 (online verfügbar, abgerufen am 2. Februar 2018). Dies gilt insofern nicht anders vermerkt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht.

² Siehe zum Beispiel Wahlkampfrede von AfD-Politiker Alexander Gauland am 2. Juni 2017 auf dem Marktplatz in Elsterwerda (online verfügbar).

³ Siehe dazu Neue Züricher Zeitung: Wie Einkommen, Arbeitslosigkeit und Migration das Wahlverhalten mitbestimmen, 25. September 2017 (online verfügbar); Katharina Brunner und Christian Endt (2017): Je mehr Autos, desto mehr Stimmen für die Union. Süddeutsche Zeitung, 26. September 2017 (online verfügbar); Kolja Rudzio (2017): Wo Fremde fremd sind. Die Zeit, 27. September 2017 (online verfügbar). Für bestimmte Länder konnte ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in einem Wahlkreis und der Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien identifiziert werden, so zum Beispiel in Österreich für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), vgl. Martin Halla, Alexander F. Wagner und Josef Zweimüller (2017): Immigration and Voting for the Extreme Right. Journal of the European Economic Association, 15, 1341–1385.

Dennoch erfassen die verschiedenen Erklärungsmuster den in den ostdeutschen Bundesländern höheren, aber auch dort unterschiedlich ausfallenden Wahlerfolg der AfD nur bedingt. Gleichzeitig bestehen in Ostdeutschland, selbst wenn sie geringer geworden sind, beinahe 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme. Die ökonomischen Disparitäten dürften aber nicht allein den Ausschlag geben, hinzu kommen andere, nicht-ökonomische Einflüsse, unter anderem Unterschiede bei der Parteienbindung sowie weitere sozial-psychologische, historische und politisch-kulturelle Unterschiede.⁴

Dieser Bericht konzentriert sich auf die ökonomischen Einflüsse und untersucht, zu welchem Grad ökonomische und sozio-demografische Lebensumstände in den Wahlkreisen mit dem AfD-Wahlergebnis zusammenhängen. Mit der vorliegenden Analyse werden ausdrücklich keine individuellen Wahlentscheidungen analysiert. Grundlage der Untersuchung sind neben den Wahlergebnissen in den 299 Wahlkreisen einige ökonomische und sozio-demografische Strukturdaten, die für einen Großteil der Wahlkreise vorliegen (siehe Kasten 2) – wie die Altersstruktur, die Wirtschafts- und Einkommensstruktur, die Bildungsstruktur, die Arbeitsmarktsituation oder der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer.

Anhand dieser Daten wird – frühen theoretischen Ansätzen zum Wahlverhalten aus ökonomischer Sicht⁵ folgend – mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse (Kasten 3) untersucht, in welcher Form unterschiedliche Arbeitsmarkt- und Einkommenssituationen sowie andere wirtschaftliche Lebenslagen und demografische Besonderheiten mit der Zustimmung zur AfD zusammenhängen. Außerdem wird untersucht, inwieweit der von der Analyse nicht erklärte Anteil der Variation des Wahlergebnisses der AfD mit NPD-Wahlergebnissen des Jahres 2013 korreliert. Vorab wird erläutert, welche Unterschiede innerhalb und zwischen den ost- und westdeutschen Wahlkreisen bestehen.

Nach wie vor wirtschaftliche und demografische Unterschiede zwischen Ost und West

Das verfügbare durchschnittliche Haushaltseinkommen – eine erste sozioökonomische Variable mit Einfluss auf das Wahlverhalten⁶ – lag in ostdeutschen Wahlkreisen im Jahr 2014 bei 18 085 Euro, in westdeutschen Wahlkreisen war es mit 21 749 Euro um mehr als 20 Prozent höher.⁷ Ein westdeutscher Wahlkreis (Gelsenkirchen) weist zwar das niedrigste Durchschnittseinkommen in Deutschland auf, insgesamt fallen die ostdeutschen Wahlkreise aber weit hinter

⁴ Ulrich Becker, Horst Becker und Walter Ruhland (1992): Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung. Econ-Verlag. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau; Felix Arnold, Ronny Freier und Martin Kroh (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung? DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar).

⁵ Anthony Downs (1957): An Economic Theory of Democracy. Harper & Row. New York.

⁶ Siehe hierzu Downs (1957), a. a. O., sowie die jüngsten empirischen Erkenntnisse zu unterschiedlichen Einkommensstrukturen von Wählerinnen und Wählern in Karl Brenke und Alexander Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel. DIW Wochenbericht Nr. 29 (online verfügbar).

⁷ Die deskriptiven Statistiken sind als ungewichtete Durchschnitte über die Wahlkreise errechnet.

Kasten 1

Ausrichtung der AfD und Wählerschaft der AfD in der Bundestagswahl

Im April 2013 im Kontext der Eurokrise gegründet, entwickelte sich die Alternative für Deutschland (AfD) bis zur Bundestagswahl 2017 zu einer rechtspopulistischen Partei.¹ Einer ihrer thematischen Schwerpunkte lag im Wahlkampf auf dem Thema Zuwanderung/Geflüchtete. Verschiedene Personalentscheidungen spiegeln die programmatischen Veränderungen der Partei wider. Seit dem Parteiaustritt ihres Gründers und weiterer Anhängerinnen und Anhänger des ‚national-liberalen‘ Flügels im Sommer 2015 verschob sich die thematische Ausrichtung hin zu national-konservativen Positionen.² Diese Entwicklung schreitet mit den jüngsten Austritten nach der Bundestagswahl 2017 weiter voran.³ Wirtschaftspolitisch verfolgt die AfD seit ihrer Gründung einen ordnungspolitischen Kurs, der eine geringere Staatsquote, niedrigere Steuern- und Abgabenquoten sowie höhere Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger fordert. Gesellschaftspolitisch stellt sich die AfD mit dem Wahlprogramm 2017 als eine Partei dar, die als Korrektiv vergangener Fehlentwicklungen agieren will: So will sie etwa tradierte Familienvorstellungen oder die nicht-akademische Ausbildung gegenüber dem Studium stärken.⁴

Die Wählerschaft der AfD in der Bundestagswahl 2017

Bundesweit errang die AfD 12,6 Prozent der Zweitstimmen. Die repräsentative Wahlstatistik zeigt, dass der Zuspruch in allen Bundesländern bei Männern mit 16,3 Prozent deutlich höher lag als bei Frauen (9,2 Prozent).⁵ Darüber hinaus erreichte die AfD in den neuen Ländern und Berlin Ost mit 21,9 Prozent ein mehr als doppelt so hohes Ergebnis als im Westen. Besonders bei den Männern im Alter von 35 bis 59 Jahren fand die Partei Zustimmung: Fast jeder fünfte Mann dieser Altersgruppe wählte die AfD. Am schwächsten war das Ergebnis bei Erst- und Jungwählern, sowie Männern im Rentenalter, von denen nur etwa jeder zehnte seine Zweitstimme der AfD gab. Eine ganz ähnliche Verteilung findet sich auch bei den Wählerinnen der AfD – wenngleich auf niedrigerem Niveau. Diese Struktur der Wählerschaft unterscheidet die AfD erheblich von den meisten anderen Parteien. Am ehesten ähnelt die Altersstruktur der AfD-Wählerschaft der Struktur der Partei Die Linke.

¹ Siehe Kasten 1 in Martin Kroh und Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34 (online verfügbar).

² Franck Decker (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, 7–23.

³ Die damalige Vorsitzende begründete ihre Entscheidung unter anderem mit unterschiedlichen Ansichten zu geschichtspolitischen Aussagen von führenden AfD-Politikern und äußerte die Forderung, eine differenzierte Diskussion über den Islam zu führen. Siehe: Peter Huth und Matthias Kamann (2017): „Ich möchte nicht länger sozial geächtet werden“. Welt am Sonntag, 1. Oktober 2017 (online verfügbar).

⁴ AfD (2017): Programm für Deutschland – Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 (online verfügbar).

⁵ Bundeswahlleiter (2018): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4 – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen (online verfügbar).

Kasten 2

Datengrundlage

Die vorliegende Analyse verknüpft die endgültigen Wahlergebnisse aus der Bundestagswahl 2017 mit Strukturdaten auf Wahlkreisebene. Diese Strukturdaten umfassen insgesamt 48 sogenannte „Strukturvariablen“ und beschreiben einen Wahlkreis u.a. entlang der Dimensionen Alters- und Bevölkerungsstruktur, durchschnittliche Einkommenssituation, Beschäftigungsstruktur, Arbeitslosigkeit oder Religion.

Insgesamt gab es bei der Bundestagswahl 2017 299 Wahlkreise – 61 Wahlkreise in den ostdeutschen, 238 in den westdeutschen Bundesländern. In den Wahlkreisen leben durchschnittlich etwa 275 000 Menschen (Min: 198 000, Max: 377 000) von denen durchschnittlich 206 000 Menschen wahlberechtigt sind (Min: 160 000, Max: 256 000). Im vorliegenden Wochenbericht werden ausschließlich die Ergebnisse in den Zweitstimmen analysiert, die je Wahlkreis berechnet wurden:

$$\text{Zweitstimmenergebnis der Partei} = \frac{\text{gültige Stimmen für Partei}}{\text{Anzahl aller gültigen Stimmen}}$$

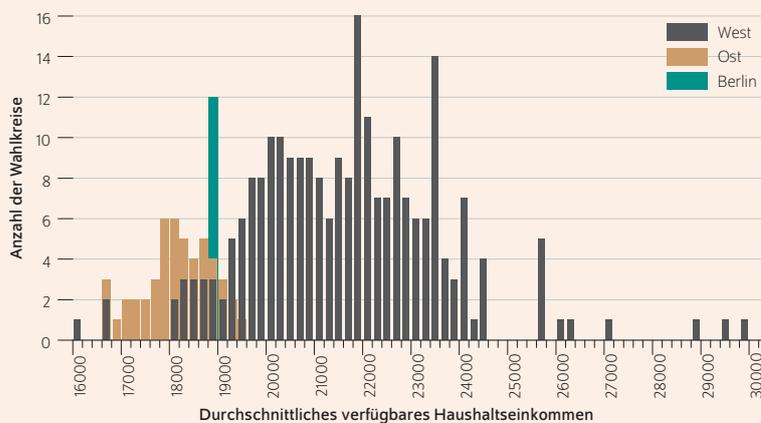
Die sogenannten „Strukturvariablen“ wurden durch den Bundeswahlleiter auf Grundlage von Daten der Bundesagentur für Arbeit, der Zensusdatenbank und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Wahlkreisebene umgerechnet. Einige Wahlkreise folgen in ihrem Zuschnitt nicht den Grenzen der Gemeinden und Kreisen, was die Umrechnung teils unmöglich macht. Dies betrifft insgesamt 41 Wahlkreise – meist Großstädte, die aus mehreren

Wahlkreisen bestehen. Die Analyse geht auf diese Einschränkung in zweierlei Hinsicht ein: 29 der betroffenen Wahlkreise werden in den betreffenden Städten zu einem Datenpunkt zusammengefasst. Wo disaggregierte Daten vorlagen (z. B. bei der Ausländerquote) wurden die stadtweiten Werte ermittelt. Ansonsten wurden die ungewichteten Durchschnitte herangezogen, die vom Bundeswahlleiter angegeben wurden. Anders ist die Situation für die zwölf Berliner Wahlkreise: Hier erscheint eine Zusammenfassung nicht empfehlenswert, da sich die Wahlkreise in ihren Parteipräferenzen systematisch unterscheiden und dieser Variation in den Wahlergebnissen dann keine Variation in den Daten gegenübersteht. Aus diesem Grund wurde Berlin insgesamt von der Analyse ausgeschlossen.

Eine weitere Einschränkung stellen die Unterschiede in den Erhebungszeitpunkten dar, die zwischen Mitte 2011 (Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund) und März 2017 (Arbeitslosenquote im Wahlkreis) liegen. Für die Analyse wurden nur Variablen ausgewählt, die für das Jahr 2014 oder später gelten. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich bei diesen Erhebungen die Unterschiede zwischen den Wahlkreisen nur geringfügig verändert haben. Eine wichtige Ausnahme dabei bildet die Variable des Anteils der Menschen im Wahlkreis mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft. Hier gibt es seit Ende 2015 teils erhebliche Veränderungen in einzelnen Wahlkreisen (siehe Haupttext, Fußnote 13).

Abbildung 1

Verteilung der deutschen Wahlkreise nach durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen
Jahreseinkommen 2014, in Euro



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Wahlkreise mit hohen durchschnittlichen Einkommen liegen ausschließlich im Westen.

die westdeutschen zurück (Abbildung 1). In keinem ostdeutschen Wahlkreis reicht die Höhe der Haushaltseinkommen an den Durchschnitt in westdeutschen Wahlkreisen heran.⁸ Gleichzeitig fällt auf, dass die Variation in den Durchschnittseinkommen zwischen den westdeutschen Wahlkreisen höher ist als zwischen den ostdeutschen.

Unterschiedlich sind Ost und West ebenso in Bezug auf die Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote mit Stand März 2017 lag über alle Wahlkreise hinweg bei durchschnittlich 5,8 Prozent; 7,9 Prozent im Osten und 5,4 Prozent im Westen (Abbildung 2).

Neben der Arbeitsmarktsituation berücksichtigt die Untersuchung die Wirtschaftsstruktur: Hier unterscheidet sich Ostdeutschland noch sehr von Westdeutschland.⁹ Um dies auf Wahlkreisebene zu erfassen, wird die Dichte der traditionell eher kleinteiligen Handwerksunternehmen pro

⁸ Das verfügbare Haushaltseinkommen, das die Kaufkraft der Einwohnerinnen und Einwohner in einem Wahlkreis widerspiegelt, dürfte für die Analyse von Wahlentscheidungen aus ökonomischer Sicht wichtiger sein als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, das eher Auskunft über den wirtschaftlichen Output gibt. Dennoch sei darauf verwiesen, dass sich bei einem Vergleich des BIP nach Wahlkreisen ein ähnliches Bild ergibt, wobei der Unterschied zwischen Ost (mit 25 400 Euro) und West (37 300 Euro) noch viel deutlicher ausfällt.

⁹ Vgl. Michael Arnold et al. (2015): Die ostdeutsche Wirtschaft ist zu kleinteilig strukturiert. DIW Wochenbericht Nr. 35 (online verfügbar).

1000 Einwohner im Jahr 2014 genutzt.¹⁰ Mit dieser Variable wird indirekt auch die Raumstruktur erfasst, denn eine hohe Handwerksdichte findet sich eher in ländlichen oder gering verdichteten Regionen. Auch bei dieser Variable divergieren Ost und West deutlich (Abbildung 3): Während im Osten etwa 9,2 Handwerksfirmen je 1000 Einwohner angemeldet waren, lag der Durchschnitt für westdeutsche Wahlkreise bei 7,2.

Deutschland ist auch bei der Demografie gespalten. In den ostdeutschen Regionen leben überproportional viele über 60-Jährige und entsprechend unterproportional viele junge Menschen (Abbildung 4a & 4b).¹¹ Ausnahmen bilden die Regionen Dresden, Leipzig und Potsdam. Dies dürfte sich im Wahlverhalten niederschlagen, da überalterte Wahlkreise eine andere Lebensdynamik und geringere wirtschaftliche Perspektiven entfalten als Wahlkreise mit vielen jungen Einwohnerinnen und Einwohner.¹²

Drei weitere Variablen fließen in die Untersuchung ein. Zum ersten die Ausländerquote in den einzelnen Wahlkreisen. Im deutschlandweiten Durchschnitt lag diese Ende 2015 bei rund zehn Prozent: rund elf Prozent in westdeutschen Wahlkreisen und knapp vier Prozent in ostdeutschen (in Berlin waren es knapp 15 Prozent).¹³

Überdies wird der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Digitalisierung wird immer wieder diskutiert, inwieweit die Jobs vor allem von Arbeiterinnen und Arbeitern in der Industrie aufgrund des zunehmenden Einsatzes von Robotern und von künstlicher Intelligenz bedroht seien.¹⁴ In den USA zeigen erste Analysen, dass eine fortschreitende Automatisierung der Fertigung sowohl mit einer Reduzierung der Beschäftigungsquote als auch der Löhne einhergeht.¹⁵ In Deutschland nahm dagegen die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe zuletzt zu – von 2010 bis 2017 um rund

10 Zwischen der Dichte der Handwerksunternehmen und der Wirtschaftsleistung im Wahlkreis – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – lässt sich ein negativer Zusammenhang feststellen, d. h. in Wahlkreisen mit hoher Dichte an Handwerksunternehmen ist die Wirtschaftsleistung tendenziell niedriger und vice versa.

11 Es wird in diesem Zusammenhang von einem "Alterungs-Ost-West-Gefälle" in den ländlichen Kreisen in Ostdeutschland gesprochen. Siehe etwa Stefan Gärtner (2015): Alte Räume und neue Alte: Lebensentwürfe, Chancen und Risiken, in: Uwe Fachinger und Harald Kühnemund (Hrsg.): Gerontologie und ländlicher Raum: Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse. Springer Verlag, Wiesbaden.

12 Vgl. Felix Arnold et al. (2015): Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen. DIW Wochenbericht Nr. 43 (online verfügbar).

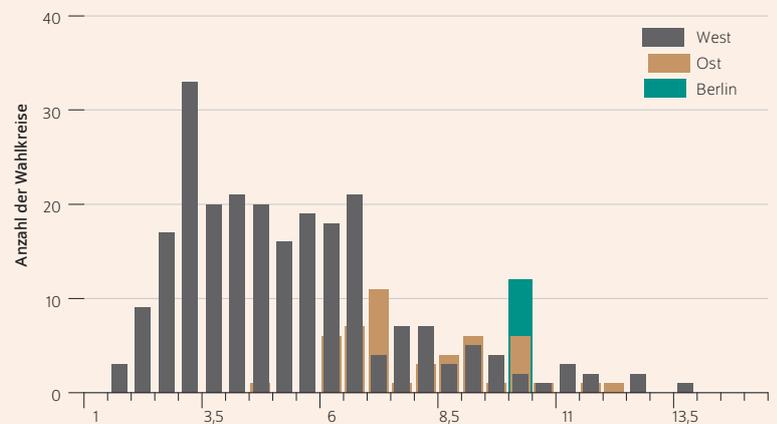
13 Seit Ende 2015, dem Zeitpunkt der letzten Zuordnung dieser Variable nach Wahlkreisen, kam es zu starken Veränderungen aufgrund der Verteilung von Geflüchteten in den einzelnen Wahlkreisen, so zum Beispiel in Potsdam (von 6,47 Prozent im Jahr 2015 auf 8,25 Prozent im Jahr 2017) oder Cottbus (von 5,5 Prozent zum 31. Dezember 2015 auf 8,35 Prozent zum 31. Dezember 2017). Vgl. Bevölkerung: Ausländer und Ausländeranteil seit 1992. Stadt Potsdam (online verfügbar); Cottbus in Zahlen: Bevölkerung. Stadtverwaltung Cottbus (online verfügbar). Dementsprechend werden Ergebnisse zu dieser Variable nicht weitergehend interpretiert.

14 So ergab beispielsweise eine repräsentative Befragung von 1400 Angestellten in Deutschland im Jahr 2017, dass insbesondere Beschäftigte in der Automobilindustrie ihr Job wegen technologischer Entwicklungen in Gefahr sehen. 35 Prozent der Befragten machten sich diesbezüglich „mittlere“ oder „große“ Sorgen. Vgl. Ernst & Young (2017): EY Jobstudie 2017 (online verfügbar). Vgl. auch Brenke und Kritikos (2017), a. a. O., wonach unter den potentiellen AfD-Wählerinnen und Wählern überproportional viele Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten sind.

15 Daron Acemoglu und Pascual Restrepo (2017): Robots and Jobs: Evidence from the US Labor Markets (online verfügbar).

Abbildung 2

Verteilung der Wahlkreise nach Höhe der Arbeitslosenquote
 Prozent aller Erwerbspersonen im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

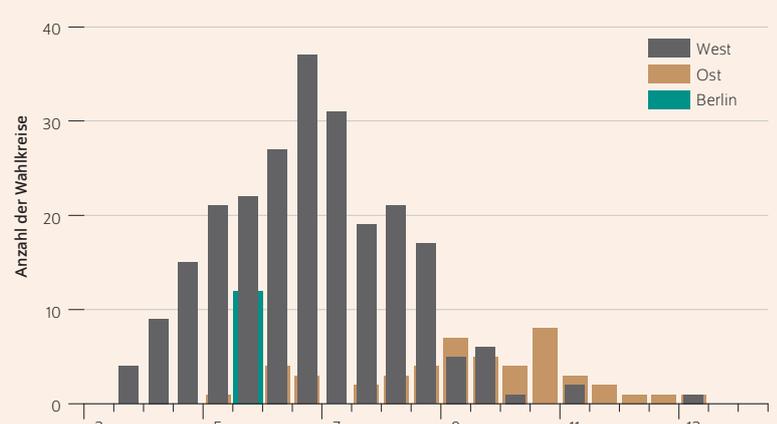
Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Wahlkreise im Westen haben geringere Arbeitslosenquoten.

Abbildung 3

Verteilung der Wahlkreise nach Dichte der Handwerksunternehmen
 Handwerksunternehmen je 1000 Einwohner im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

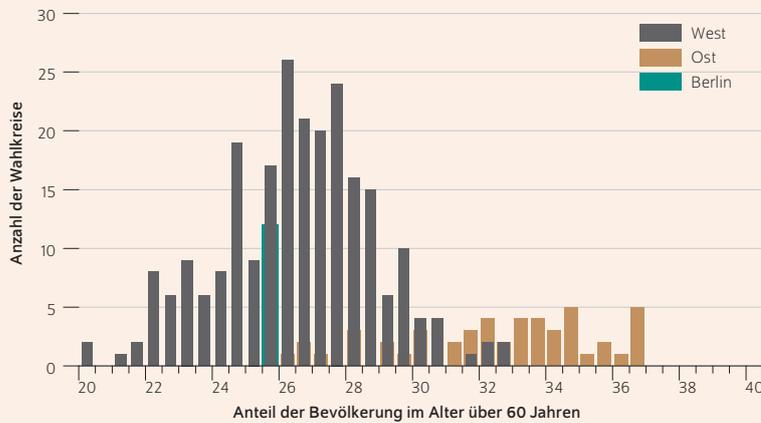
© DIW Berlin 2018

Die durchschnittliche Dichte von Handwerksunternehmen ist im Osten Deutschlands höher.

Abbildung 4a und 4b

Verteilung der Wahlkreise nach dem Anteil der Bevölkerung im Alter von 60+ Jahren

Prozent der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

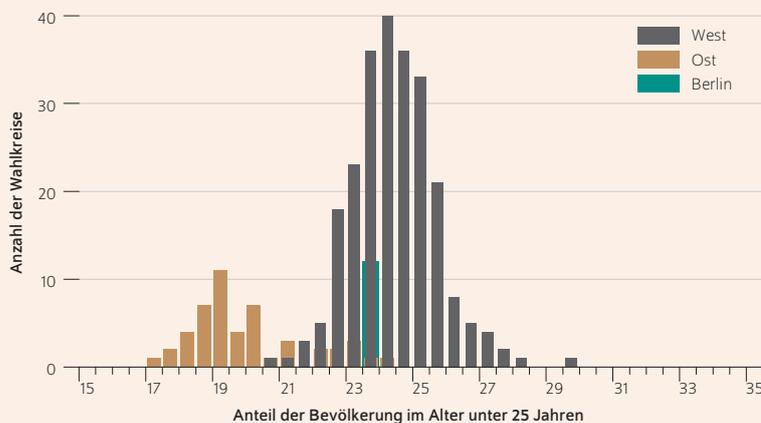
Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die 'ältesten' Wahlkreise liegen im Osten Deutschlands.

Verteilung der Wahlkreise nach dem Anteil der Bevölkerung im Alter unter 25 Jahren

Prozent der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis



Anmerkung: Keine disaggregierten Daten für Berlin verfügbar. Datenreihen überlappen sich.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Die westdeutschen Wahlkreise haben eine wesentlich jüngere Bevölkerung.

sechs Prozent – und die Löhne zogen an. Dennoch steht auch hierzulande die Industrie- und Arbeitswelt vor Veränderungen. Bei der Beschäftigung in der Industrie gibt es eher ein Süd-Nord- als ein West-Ost-Gefälle (siehe Abbildung 5).

Zu guter Letzt wird die Abiturientenrate herangezogen. Der Bildungsstand, gemessen an schulischen Abschlüssen, beeinflusst erwiesenermaßen Wählerpräferenzen.

Zuspruch für AfD in überalterten Wahlkreisen besonders hoch

Die schrittweise Analyse der ökonomischen und soziodemografischen Strukturdaten in den Wahlkreisen macht deutlich, welche Strukturmerkmale mit der Variation in den AfD-Ergebnissen korreliert sind (Tabelle 1). Demnach nehmen die AfD-Zweitstimmenergebnisse in Regionen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von älteren Menschen und mit einer überdurchschnittlichen Dichte von Handwerksunternehmen erheblich zu. Die Schätzung zeigt weiterhin, dass in ansonsten gleichen Wahlkreisen das Zweitstimmenergebnis der AfD höher ist, wenn überdurchschnittlich viele Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft dort leben. Diese drei Einflussfaktoren beschreiben mehr als die Hälfte der Variation in den Wahlkreisergebnissen der AfD (Adjusted R² = 0.54).

Berücksichtigt man alle weiteren ausgewählten Variablen (Tabelle 1, Spalte 2), so erzielt die AfD im Durchschnitt bessere Ergebnisse in Wahlkreisen, in denen der Anteil der älteren Bevölkerung, die Dichte von Handwerksunternehmen, der Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern überdurchschnittlich hoch sind. Schlechter waren die Ergebnisse der AfD dagegen in Wahlkreisen, in denen Menschen ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen zur Verfügung hatten. Weniger stark ausgeprägt, denn statistisch nicht signifikant, sind die Zusammenhänge zwischen der Abiturientenquote, sowie der Arbeitslosenquote und der Variation der AfD-Ergebnisse. Hier findet sich ein unwesentlicher negativer Zusammenhang zwischen der Abiturientenquote sowie ein unwesentlicher positiver Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Höhe der AfD-Ergebnisse.

Die Signifikanz des Koeffizienten der Ost-West-Dummyvariable (Kasten 2) bestätigt, dass die AfD in Ostdeutschland erheblich besser abschneidet als in Westdeutschland. Viel wichtiger noch: Die demografische Variable hat für den Osten besondere Relevanz, wie der zusätzlich hinzugefügte Ost-West-Dummy für die Altersvariable deutlich macht.

Ökonomische Signifikanz der Strukturvariablen

Die Standardisierung der Daten (siehe Kasten 3) erlaubt eine Abschätzung der Einflussstärke einzelner Strukturvariablen auf die Variation der AfD-Ergebnisse.

So führt beispielsweise eine Erhöhung des verfügbaren Jahreshaushaltseinkommens über den Bundesdurchschnitt von 21080 Euro hinaus *ceteris paribus* zu einer Verringerung des AfD-Ergebnisses. Umgekehrt erhöht sich in Wahlkreisen, die verfügbare Einkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts haben, *ceteris paribus* das AfD-Ergebnis. Der geschätzte Effekt einer Standardabweichung dieser Variable (2287 Euro) auf das AfD-Ergebnis liegt bei etwa 0,59 Prozentpunkten (Tabelle 2, Zeile 5). Die Unterschiede im durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen

Tabelle 1

Einfluss ausgewählter Merkmale auf das AfD-Zweitstimmenergebnis im Wahlkreis

	Modell 1 (drei Variablen)		Modell 2 (alle Variablen)	
	Koeffizient	Standardfehler	Koeffizient	Standardfehler
Anteil der AusländerInnen	0,601	0,327	1,306	0,203
Dichte Handwerksunternehmen	2,177	0,325	0,957	0,291
Bevölkerung im Alter 60+	3,138	0,337	0,821	0,309
Arbeitslosenquote			-0,235	0,336
Haushaltseinkommen			-0,587	0,299
Beschäftigte im verarb. Gewerbe			0,849	0,190
Abiturientenquote 2015			-0,291	0,215
Ost-West-Dummy			8,756	1,173
Interaktion: Ost-West-Dummy & Alter 60+			1,465	0,656
Konstante			11,116	0,204
F-Statistik	79,206		64,566	
R ²	0,55		0,800	
Adjusted R ²	0,544		0,793	
Beobachtungen	263		257	

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Lesbeispiel: Der Koeffizient von 0,849 (Zeile 6) bedeutet, dass ein Anstieg des Anteils von Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe um eine Standardabweichung über den Bundesdurchschnitt (hier: 9,1 Prozentpunkte), ceteris paribus mit einem Anstieg des Wahlergebnis der AfD um 0,849 Prozentpunkte einhergeht.

© DIW Berlin 2018

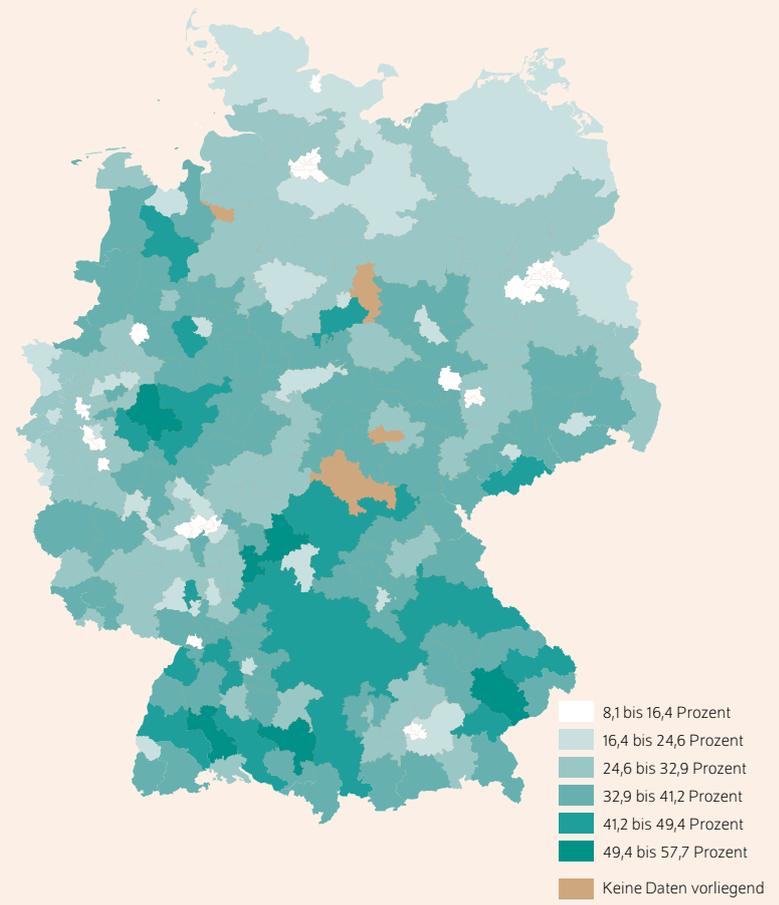
den Wahlkreisen sind in Deutschland erwiesenermaßen groß (Abbildung 1), allein zwischen den westdeutschen Wahlkreise können die Einkommen um über 13 000 Euro auseinander liegen. Diese Heterogenität veranschaulicht das Auseinanderfallen der AfD-Ergebnisse insbesondere zwischen Wahlkreisen in Westdeutschland.

Analog gilt: Ein Anteil von über 60-Jährigen an der Bevölkerung über dem Bundesdurchschnitt von 28 Prozent geht im Modell *ceteris paribus* mit einem höheren AfD-Ergebnis einher. In Wahlkreisen mit einem Anteil unter 28 Prozent ist das AfD-Ergebnis tendenziell niedriger. Eine Erhöhung des Anteils älterer Menschen um eine Standardabweichung – etwa 3,1 Prozentpunkte – geht *ceteris paribus* mit einer Erhöhung des AfD-Ergebnisses um gut 0,82 Prozentpunkte im Westen und knapp 2,3 Prozentpunkte im Osten einher. Unterschiede in diesem Ausmaß sind dabei nicht ungewöhnlich, denn die Altersstruktur zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen variiert teils erheblich. Im Durchschnitt liegt der Anteil der Älteren in den ostdeutschen Wahlkreisen um 5,4 Prozentpunkte höher als in westdeutschen Wahlkreisen (siehe Abbildung 4b). Hinzu kommt, dass der Anteil der älteren Bevölkerung auch mittelfristig wesentlich schwanken kann.¹⁶ Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung gehen beispielsweise für Brandenburg von einem Anstieg des Anteils älterer Menschen um 3,2 Prozentpunkte zwischen 2013 und

¹⁶ Siehe etwa Gärtner (2015), a. a. O. Demnach fällt die Abwanderung aus den östlichen ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen und den dünn besiedelten Kreisen besonders stark aus und führt zu einer Überalterung dieser Regionen.

Abbildung 5

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wahlkreis



Anmerkung: Beobachtungszeitpunkt: 30.06.2016

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

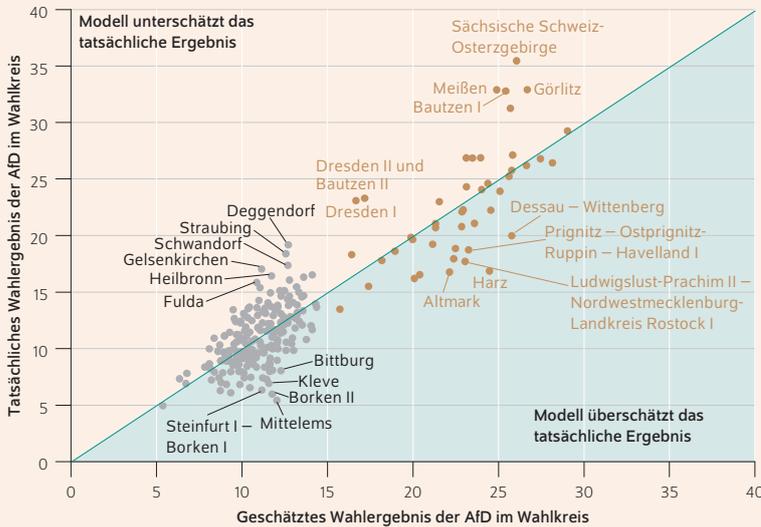
Bei den Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe gibt es ein Süd-Nord-Gefälle.

2020 aus,¹⁷ sowohl aufgrund des demografischen Wandels als auch wegen Wanderbewegungen, vom ländlichen Raum hin zu Großstadtregionen oder in die südlichen Bundesländer. Diese Dynamik, der relative hohe Koeffizient der Variable und die Tatsache, dass dieser Effekt im Osten ausgeprägter ist als im Westen, machen die Altersstruktur zu einem aussagekräftigen Faktor für das AfD-Zweitstimmenergebnis in der Bundestagswahl 2017.

¹⁷ Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg (2015): Bevölkerungsvorausschätzung 2014 bis 2030 (online verfügbar).

Abbildung 6

Über- und Unterschätzungen der AfD-Ergebnisse durch „strukturelle“ Faktoren Tatsächliche und geschätzte Wahlergebnisse in Prozent



Anmerkung: N = 257 Wahlkreise.

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Insbesondere für Wahlkreise in Sachsen unterschätzt das Modell die AfD-Ergebnisse.

Variationen in AfD-Ergebnissen in wenigen Wahlkreisen über- oder unterschätzt

Die sieben Strukturvariablen beschreiben zusammen mit den Dummyvariablen knapp 80 Prozent der Variation in den Daten (Adjusted $R^2 = 0.793$). Für bestimmte Wahlkreise ist das AfD-Ergebnis dennoch über- oder unterschätzt. Die herangezogenen Faktoren sind dort entsprechend weniger gut in der Lage, die Wahlkreisergebnisse der AfD abzubilden (Abbildung 6).

Insbesondere bei Wahlkreisen in Sachsen unterschätzt das Modell den Zuspruch für die AfD ebenso wie in drei Wahlkreisen in Bayern (Deggendorf, Straubing und Schwandorf). Fünf der zehn Wahlkreise, in denen die AfD-Zustimmung am stärksten unterschätzt wird, liegen an der Grenze zu Polen und Tschechien. Umgekehrt würden die Ausprägungen der Strukturvariablen zum Beispiel im Wahlkreis Harz ein Wahlergebnis der AfD von über 24 Prozent erwarten lassen; das tatsächliche Ergebnis lag bei knapp 17 Prozent.

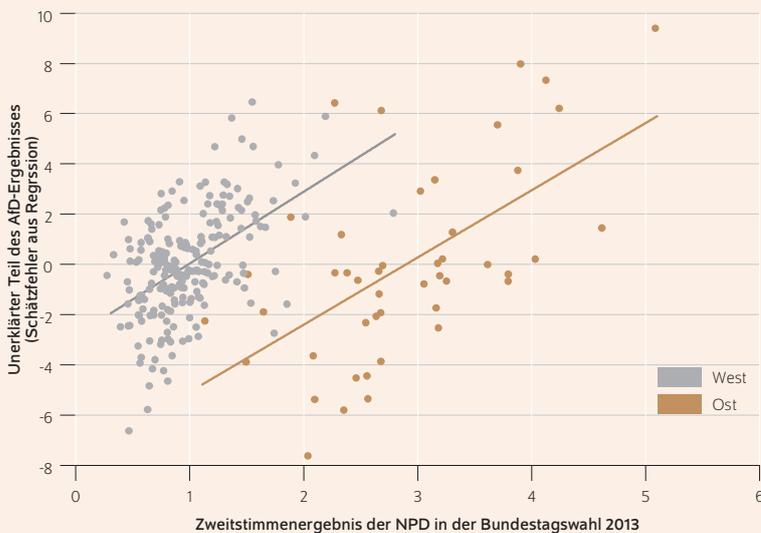
NPD-Zuspruch in der Vergangenheit beschreibt Ausreißer nur bedingt

In einem letzten Schritt wird untersucht, inwieweit ein Zusammenhang zwischen dem „unerklärten“ Teil der Variation in den AfD-Ergebnissen 2017 und dem Zuspruch zu rechten Parteien in der Vergangenheit insbesondere zur NPD bei der Bundestagswahl 2013 besteht (Abbildung 7). Sowohl für ost- wie auch für westdeutsche Wahlkreise findet sich ein positiver Zusammenhang – ausgedrückt durch die jeweiligen Linien. Diese Variable zeigt für ostdeutsche Wahlkreise eine höhere Korrelation zum AfD-Wahlergebnis als für westdeutsche.

Diese Analyse dient nicht der Identifikation eines kausalen Effektes. Sie soll einen Beitrag liefern zum Verständnis eines Phänomens, das bereits verschiedentlich diskutiert wurde.¹⁸ Eine mögliche Erklärung für den beobachteten Zusammenhang könnte sein, dass in Wahlkreisen, in denen schon in der Vergangenheit Parteien am rechten Rand Zuspruch fanden, bereits organisatorische Strukturen oder in der Bevölkerung verbreitete Stimmungen existierten, die von der AfD genutzt werden können. So zeigen andere Analysen, dass zwischen den Verlusten der NPD zwischen den Wahlen 2013 und 2017 und dem Ergebnis der AfD ein positiver Zusammenhang besteht.¹⁹

Abbildung 7

Zusammenhang zwischen dem unerklärten Teil des AfD-Ergebnisses und NPD-Zweitstimmenergebnissen in der Bundestagswahl 2013



Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Es besteht ein schwacher aber sichtbarer Zusammenhang zwischen NPD-Ergebnissen und dem unerklärten Teil der AfD-Ergebnisse 2017.

¹⁸ Vgl. Davide Cantoni, Felix Hagemester und Mark Westcott (2017): Explaining the Alternative für Deutschland party's electoral success: The shadow of Nazi voting. Voxeu.org (online verfügbar); Achim Görres (2014): AfD und rechter Wahlerfolg 2: Der komplementäre Wahlerfolg der AfD und der NPD in Sachsen. Aus der Wissenschaft für die Politik – Blog der Professur für Empirische Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen (online verfügbar).

¹⁹ Carl C. Berning (2017): Alternative für Deutschland (AfD) – Germany's New Radical Right-wing Populist Party. Ifo Dice Report. 15(4), 16-19 (online verfügbar).

Kasten 3

Methodisches Vorgehen

In der Untersuchung wird eine multivariate Regressionsanalyse verwendet, um mithilfe von sieben auf Wahlkreisebene vorliegenden Strukturvariablen sowie einer Ost-West-Dummyvariable Einflüsse auf das Wahlergebnis der AfD zu untersuchen. Das Modell folgt der Funktion:

$$AFD_i^{2017} = \beta_0 + \beta_1 Bev60plus_i^{2015} + \beta_2 BevAusl_i^{2015} + \beta_3 Einkomm_i^{2014} + \beta_4 Handwerk_i^{2014} + \beta_5 Arbeitslos_i^{2017} + \beta_6 Abiturientenquote_i^{2015} + \beta_7 BeschäftigungVerarbGew_i^{2016} + \beta_8 DummyOW + \epsilon_i$$

Dabei ist die abhängige Variable das Zweitstimmenergebnis der AfD im Wahlkreis *i* im September 2017 in Prozent. Folgende acht unabhängige Variablen wurden herangezogen: (1) der Bevölkerungsanteil von Menschen im Alter von 60 Jahren und darüber in Prozent, (2) der Anteil der Bevölkerung mit nichtdeutschem Pass in Prozent, (3) das durchschnittliche verfügbare Jahreseinkommen der privaten Haushalte in Euro, (4) die Anzahl der Handwerksunternehmen je 1000 Einwohner, (5) die Arbeitslosenquote in Prozent, (6) der Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die 2015 mit (Fach-)Hochschulreife von der Schule abgingen, (7) der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Prozent sowie (8) eine Dummyvariable, die ost- und westdeutsche Wahlkreise unterscheidet (Ost = 1). Die hochgestellten Jahreszahlen weisen dabei jeweils das Beobachtungsjahr aus. Der Fehlerterm ϵ erfasst dabei Messfehler sowie nicht berücksichtigte Einflüsse von Drittvariablen.

Für einige Wahlkreise in Großstädten liegen keine disaggregierten Daten vor (Kasten 1). Des Weiteren wurden einige Wahlkreise ausgeschlossen, da Informationen über den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe fehlen.¹ Der Datensatz für die Analyse umfasst somit 257 von 299 Wahlkreisen.

Die Tabelle zeigt deskriptive Statistiken für die hier verwendeten Variablen. Dabei wurden ungewichtete Durchschnitte verwendet, d.h. Unterschiede in der Bevölkerungszahl wurden dabei nicht berücksichtigt – jeder Wahlkreis zählt als gleichwertige Beobachtung. Dieses Vorgehen erklärt die Abweichungen von den amtlichen Statistiken.

¹ Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund, Helmstedt – Wolfsburg, Bremen I – Bremen II – Bremerhaven, Erfurt – Weimar – Weimarer Land II, Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg.

Standardisierung der Variablen

Um eine einheitliche Interpretation der Variablen zu ermöglichen, wurden die stetigen Variablen gemäß folgendem Schema ‚standardisiert‘: $\hat{x}_i = \frac{x_i - \bar{x}}{\sigma_x}$. Der transformierte Wert dem \hat{x}_i entspricht dabei dem Ursprungswert x_i abzüglich des arithmetischen Mittels der Variable über alle Wahlkreise hinweg, dividiert durch die Standardabweichung der Variable im Datensatz (σ_x). Die abhängige Variable in den Regressionen (Zweitstimmenergebnis der jeweiligen Partei in Prozent) sowie die Dummyvariable wurden nicht transformiert. Der Wert und die Interpretation der geschätzten Koeffizienten verändern sich durch die Transformation, nicht aber die Konfidenzintervalle.

Verwendung der Fehlerterme

Die obenstehende Regressionsformel bezieht gezielt nur Strukturvariablen ein. Um der Frage nachzugehen, inwieweit AfD-Wahlergebnisse im Jahr 2017 mit früheren Wählerpräferenzen am rechten Rand korrelieren, wurde in einer zweiten – bivariaten – Regression folgender Zusammenhang abgebildet:

$$\epsilon_i = \beta_0 + \beta_1 NPDErgebnis_i^{2013} + \epsilon_i^{2nd-Step}$$

Dabei wird der Fehlerterm ϵ_i aus der ersten Regression für den jeweiligen Wahlkreis *i* als abhängige – d.h. zu erklärende – Variable herangezogen. Als einzige unabhängige Variable dient das Zweitstimmenergebnis der NPD in der Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis *i*. $\epsilon_i^{2nd-Step}$ drückt wiederum den Schätzfehler aus.

Tabelle

Deskriptive Statistiken zum Datensatz

	N	Arithm. Mittel	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Einheit
Zweitstimmenergebnis der AfD	263	13,1	5,6	4,9	35,5	Prozent
Ausländeranteil	263	9,3	4,7	1,2	28	Prozent
Verfügbare Haushaltseinkommen	263	2,3	2 287	16 135	29 954	Euro
Absolventenquote (Fach)Hochschulreife	263	33,4	6,9	19,7	55,1	Prozent
Handwerkerdichte	263	7,6	1,7	3,8	13,6	Anzahl je 1000 Einwohner
Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe	257	31,6	9,1	8,1	57,7	Prozent
Arbeitslosenquote	263	5,8	2,3	2	14,1	Prozent
Anteil älterer Menschen	263	28	3,1	20,6	36,7	Prozent

Quellen: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Fazit: Politik muss Strukturschwäche insbesondere im Osten stärker in den Blick nehmen

Dieser Wochenbericht untersucht Korrelationen zwischen den Ausprägungen verschiedener ökonomischer und soziodemografischer Strukturvariablen und den Zweitstimmenergebnissen der AfD in den Wahlkreisen. Zunächst zeigt sich, dass monokausale Erklärungsversuche zu kurz grei-

fen. Hohe AfD-Ergebnisse gehen weder mit Arbeitslosigkeit noch ausschließlich mit niedrigen Einkommen einher, auch mit dem Ausländeranteil in den entsprechenden Wahlkreisen gibt es keine einschlägige Korrelation. Es zeichnet sich stattdessen ein differenzierteres Bild ab, bei dem zwischen west- und ostdeutschen Wahlkreisen unterschieden werden muss. So steigt der Zuspruch für die AfD, wenn in den Wahlkreisen überdurchschnittlich viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe arbeiten. Die Stimmenanteile

der AfD nehmen zudem in Wahlkreisen zu, in denen das Haushaltseinkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt. Vor allem letzteres erklärt in westdeutschen Wahlkreisen, die sich durch erhebliche Schwankungsbreiten bei den durchschnittlichen Einkommen auszeichnen, die Variation des AfD-Ergebnisses. Im Westen reüssiert die AfD in Wahlkreisen, in denen Menschen im Durchschnitt entweder relativ wenig verdienen oder einer Tätigkeit in der Industrie nachgehen.

Die Zustimmung zur AfD ist darüber hinaus in weniger verdichteten Räumen sehr ausgeprägt, in denen eine höhere Dichte von Handwerksunternehmen herrscht oder in denen sich ein ungünstiger demografischer Wandel abzeichnet, also viele ältere und wenig jüngere Menschen leben.²⁰ Beide Strukturmerkmale sind typisch für viele ostdeutsche Wahlkreise. Sie sind eine Begleiterscheinung der grundlegenden wirtschaftlichen Probleme in diesen Wahlkreisen und erlauben somit gewisse Rückschlüsse auf den auffallend hohen Zuspruch für die AfD im Osten Deutschlands. Zwar können individuelle Wahlentscheidungen nicht nachvollzogen werden, aber es spricht vieles dafür, dass in dünner besiedelten

Regionen mit überalterter Gesellschaft auch aufgrund einer empfundenen Perspektivlosigkeit im Hinblick auf die weitere Entwicklung dieser Regionen der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für etablierte Parteien schwindet.

Diese Ergebnisse deuten auf Handlungsbedarf für die Wirtschafts- und Sozialpolitik hin. Die soziale Teilhabe muss verbessert und mehr Gewicht auf die Entwicklung strukturell schwacher Regionen gelegt werden. Derzeit lassen sich bei der öffentlichen Grundversorgung (etwa mit Schulen und Krankenhäusern) auf lokaler Ebene Tendenzen beobachten, die bestehende wirtschaftliche Gefälle zu verstärken drohen.²¹ Setzt die Politik diese Strategie fort, nimmt sie die Zunahme regionaler Disparitäten und damit wohl auch die Verstärkung politischer Polarisierung billigend in Kauf. Um dieser Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen der ostdeutschen Wahlkreise entgegen zu wirken, ist die Politik in Bund, Ländern und Kommunen gut beraten, in strukturschwachen Regionen öffentliche Investitionen zur Absicherung dieser Grundversorgung zu stärken, diese Infrastruktur also eher aus- statt abzubauen und über gezielte Anreize für private Investitionen in diesen Regionen nachzudenken. Auch eine Entschuldung überschuldeter Kommunen bekommt vor diesem Hintergrund neues Gewicht.

²⁰ Dabei gilt es herauszustreichen, dass die AfD nach der repräsentativen Wahlstatistik bei den 35- bis 59-Jährigen besser, bei den Menschen über 70 dagegen unterdurchschnittlich abschneidet. Es sind also nicht unbedingt die Älteren selbst in diesen weniger verdichteten Räumen sondern die dort lebenden jüngeren Menschen, die dann besonders häufig AfD zu wählen scheinen.

²¹ Felix Arnold et al. (2015), a. a. O.

Christian Franz ist Referent des Vorstands am DIW Berlin / cfranz@diw.de
Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin / mfratzscher@diw.de

Alexander S. Kritikos ist Forschungsdirektor im Vorstandsbereich am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam / akritikos@diw.de

JEL: D72, Z13

Keywords: German political parties, Federal elections 2017, Structural data

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 7+8/2018:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;

Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten

Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Hannes Kröger, Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter